

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
13.03.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Rückstandsdeponie der BASF SE auf der Insel Flotzgrün - Errichtung neuer Grundwassermessstellen
Vorlage: 1025/2013

Herr Scheid verweist auf die Stellungnahme von Herrn Dr. Gauglitz von der BASF, die die Ausschussmitglieder als Sitzungsvorlage erhalten haben. Er ergänzt, dass nach Auskunft von Herrn Dr. Gauglitz zwischenzeitlich die Planunterlagen der SGD Süd vorgelegt wurden. Voraussichtlich werden die neuen Messstellen im Herbst 2013 niedergebracht, so dass im Frühjahr 2014 die ersten Informationen vorliegen könnten. Es soll vom beauftragten Gutachterbüro ein jährlicher Bericht erstellt werden. Herr Scheid sagt zu, bei der BASF wegen eines konkreten Zeitplanes nachzufragen.

Herr Sattel möchte wissen, welche Faktoren eintreten müssen, dass die BASF aktiv Maßnahmen gegen die Gefährdung des Grundwassers für Speyer und die umliegenden Ortsgemeinden ergreift.

Herr Scheid weist darauf hin, dass diese Fragestellung bereits mehrfach diskutiert worden ist, so z.B. die Umschichtung der Altablagerungen aus den 60iger Jahren auf einen jüngeren Teil der Deponie mit Untergrundabdichtung. Dies wurde verworfen, da die Bewegung der Massen kontraproduktiv sein könnte. Die BASF hat eine Oberflächen-Abdichtung im Bereich der älteren Deponie vorgenommen, so dass keine weiteren Schadstoffe ins Grundwasser gelangen können. Durch ein Monitoring wird überwacht, wie sich die bereits ausgeschwemmten Schadstoffe im Grundwasser verhalten. Zudem werden Sanierungsbrunnen betrieben, belastetes Wasser wird abgepumpt und per Schiff in die Kläranlage Ludwigshafen gebracht. Momentan geht man davon aus, dass diese Maßnahmen ausreichen und dass sich in den nächsten 40 – 50 Jahren keine Auswirkungen für das Trinkwassergewinnungsgebiet Speyer Süd zeigen. Wenn die Stadt Speyer der Meinung ist, dass weitere Maßnahmen nötig wären, müsste dies der BASF mit wissenschaftlichen Fakten belegt werden.

Herr Wierig ist der Auffassung, dass die neuen Messstellen keine Bedeutung haben, wenn erwartet wird, dass die Fahne jahrzehntelang keine Auswirkungen auf das Trinkwassergewinnungsgebiet hat. Die Grundwasserfahne wird nur verfeinert weiter beobachtet, so dass die neuen Messstellen aus Sicht der Stadt Speyer keine nachhaltigen positiven Auswirkungen haben, da keine Maßnahmen daraus entstehen.

Herr Scheid erläutert, dass diese Messstellen eine zusätzliche Sicherheit sind, dass keine Gefahr von der Verunreinigung ausgeht. Wenn der Ausschuss oder auch der Stadtrat der Auffassung ist, dass die BASF weitergehende Maßnahmen ergreifen müsste, dann wäre ein politischer Beschluss nötig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Deponie nicht auf Speyerer Gemarkung liegt und Speyer nicht Genehmigungsbehörde ist. Der Beschluss könnte lediglich weitergereicht werden. Speyer ist natürlich mittelbar betroffen, wenn die Grundwasserfahne irgendwann Speyer erreichen würde. Davon geht die BASF jedoch nicht aus, es gibt zurzeit diesbezüglich keinerlei Anhaltspunkte.

Herr Maffenbeier ist der Meinung, dass im Hinblick auf andere Grundwassersanierungsfälle in Speyer schon heute über Sanierungsmaßnahmen bzgl. der Grundwasserfahne der Deponie Flotzgrün nachgedacht werden sollte.

Herr Scheid gibt zu bedenken, dass die BASF durchaus bereits aktive Sanierungsmaßnahmen durchführt, nämlich die Entnahme von Grundwasser und die gezielte Reinigung. Die Forderung nach weiteren Maßnahmen bedarf eines Beschlusses des Rats oder des Ausschusses. Aus Verwaltungssicht hat die Stadt Speyer zurzeit keinen Anlass weiteres zu fordern.

Herr Czerny merkt an, dass die Beobachtung der weiteren Entwicklung wichtig ist und bei negativen Entwicklungen nachgebessert werden muss. Herr Scheid bestätigt diese Auffassung. Die Werte werden jährlich betrachtet, besprochen, analysiert. Wenn es Veränderungen nach oben gibt, werden mit der BASF weitere Maßnahmen besprochen. Herr Scheid bietet an, den Ausschuss über die Messwerte auf dem Laufenden zu halten.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
13.03.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 02.12.2012 zur
Parkplatzsituation Schraudolphstr./Feuerbachpark
Vorlage: 1027/2013**

Herr Wierig möchte den schriftlichen Antrag nicht weiter ergänzen. Die Begründung der Forderung der SPD-Fraktion kann noch dahingehend erweitert werden, dass die Findlinge für den regen Fahrradverkehr insbesondere mit Kindern ein nicht unerhebliches Gefährdungspotential darstellen. Darüber hinaus wäre das Bewässern der Bäume auch weiterhin möglich und die Vitalität der Bäume würde im Vergleich zur vorherigen Situation nach Auffassung der Fraktion durch die Findlinge nicht verbessert. Auch angesichts des hohen Parkdrucks in dem Gebiet bleibt die Fraktion auf dem Antrag bestehen.

Herr Zehfuß spricht sich für die CDU-Fraktion für den Antrag der SPD aus. Auch aus Sicht der CDU-Fraktion ist der Parkdruck in dem Gebiet sehr hoch und wird, z.B. auch im Hinblick auf die Baumaßnahme „Marienheim“, nicht geringer. Auf der anderen Seite kann die Maßnahme dieses „wechselseitigen Parkens“ nicht nachvollzogen werden. Die Bäume sind dort schon viele Jahre und auch viele Jahre parken dort Autos, es ist nicht bekannt, dass Bäume dadurch Schaden genommen hätten.

Herr Czerny widerspricht der Forderung der SPD-Fraktion. Auch im Hinblick auf den Verkehrsentwicklungsplan, insbesondere bzgl. des Ausbaus des Radwegenetzes in Speyer, sollte an einer Verkehrsberuhigung gearbeitet werden. Würden mehr Parkplätze geschaffen werden, wäre dies kontraproduktiv. Die Bürger würden eher darin bestärkt Autos anzuschaffen. Daher sollte die jetzige Parksituation erhalten werden und eher darüber nachgedacht werden, weitere Parkplätze abzuschaffen.

Frau Tochtermann-Bischof wendet ein, dass Parkplätze durchaus wichtig und sinnvoll sind. Vielmehr würde durch die 11 Parkplätze der Parksuchverkehr verringert. Die SWG stimmt dem Antrag der SPD zu.

Herr Dörr bestätigt die Auffassung von Frau Tochtermann-Bischof bzgl. des Parksuchverkehrs. Allerdings wird der Radweg durch die Findlinge nicht beeinträchtigt. Er kann sich ebenfalls nicht erinnern, dass ein Baum je beschädigt wurde. Herr Dörr spricht sich daher auch für den Antrag der SPD aus.

Herr Sattel kann die Argumentation des Parksuchverkehrs nachvollziehen. Er gibt aber zu bedenken, dass Herr Schwendy teure Belüftungsmaßnahmen durchgeführt hatte. Durch die Fernwärmemaßnahme in der Straße haben die Bäume ebenfalls sehr gelitten, wie Herr Schwendy in einer letztjährigen Sitzung ausführte. Die Bäume haben eine gewisse Gefährdungslage, daher wäre er dafür die jetzige Situation zu belassen, zumal diese bereits eine Kompromisslösung war, damit noch einige Parkplätze bestehen bleiben konnten.

Herr Wierig ergänzt, dass er bei den beiden Baumreihen an der Straße zum Lochacker hin im Vergleich zu den anderen keinen Unterschied zur Vitalität feststellen kann. Der gesamte Bestand macht einen guten Eindruck, mit einzelnen wenigen Ausnahmen, bei denen in der Vergangenheit ein Einzelbaum habe ersetzt werden müssen. Eine Ursache für den Parksuchverkehr ist u.a. auch die Hebammenschule, deren Hebammen morgens Parkplätze suchen.

Herr Czerny ist der Meinung, dass die Stadt eine Lösung für das Parkplatzproblem bzgl. der Hebammenschule anbieten sollte, z.B. mittels Parkleitsystem. Es sollten im Blick auf die Zukunft nicht noch mehr Parkplätze geschaffen werden, da dies auch mehr Verkehr mit sich

bringt, da die Bürger weniger unter Druck gesetzt werden, die Anschaffung eines Autos zu überdenken. Dies stände auch im Widerspruch zum Verkehrsentwicklungsplan.

Herr Scheid gibt zu bedenken, dass es fraglich ist, ob durch das Abschaffen von Parkplätzen die Verkehrsdichte reduziert werden kann. Es gibt fast täglich Beschwerden von Speyerer Bürgern z.B. in der Altstadt, dass Parkplätze geschaffen werden sollten.

Herr Scheid bittet um Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussempfehlung:

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, dass die Verwaltung aufgefordert wird, die elf Findlinge zwischen den Platanen entlang der Schraudolphstraße zu entfernen und die ursprüngliche Parkraumsituation wiederherzustellen.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
13.03.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.01.2013 zum Russenweiher
Vorlage: 0997/2013**

Die Beantwortung der Anfrage kann der Anlage 1 zur Niederschrift entnommen werden.

Herr Seiler weist darauf hin, dass der Russenweiher mit dem Katzenbach verrohrt war, darüber wurde Schmutzwasser in den Weiher eingeleitet. Nach der Ausbaggerung 1981 kam es deshalb so schnell wieder soweit, dass belüftet werden musste. Die Verrohrung wurde dann erst abgedichtet.

Herr Seiler macht den Vorschlag, dass mit einer Universität Kontakt aufgenommen wird, ob im Rahmen eines Studentenprojektes evtl. kostengünstige Lösungsvorschläge für eine Sanierung des Gewässers erarbeitet werden könnten.

Herr Scheid weist darauf hin, dass mit dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht bereits ein Konzept mit einer Reihe von Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet wurde, u.a. die Schaffung von Flachwasserzonen mit entsprechender Bepflanzung, um die Wasserqualität weiter zu verbessern. Zudem wurde die Auslichtung von Robinien am Südwestufer vorgenommen, um die Belüftung der Wasseroberfläche zu verbessern.

Zwar kann man bei den Unis nachfragen, letztlich wird die Stadt Speyer bei einer solchen Maßnahme nicht um die Entsorgungskosten herumkommen.

Herr Seiler ist der Auffassung, dass über ein solches Studentenprojekt evtl. ganz andere kostengünstigere Lösungswege entwickelt würden.

Herr Scheid erläutert, dass Frau Öhms vom Landesamt das Gewässer regelmäßig begutachtet. Aus ihrer langjährigen Berufserfahrung heraus hat sie der Stadt Speyer ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das bereits im Ausschuss vorgestellt wurde. Die Anregung von Herrn Seiler wird Herr Scheid mitnehmen und Erkundigungen einziehen.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
13.03.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Stand der Energieeigenversorgung an der Kläranlage
Vorlage: 1026/2013

Herr Scheid informiert darüber, dass die Kläranlage nun nahezu energieautark ist. Eine Kläranlage macht fast 20% des kommunalen Energieverbrauchs aus. Mittlerweile ist es gelungen, die eigene Energieversorgung auf nahezu 100% zu steigern. Um dies weiter zu steigern, ist geplant ein kleines Windrad und Photovoltaikanlagen zu installieren. Das Ziel ist die Sicherstellung von einer 100%igen Energieversorgung. Die jährliche Einsparung von 349.000 kWh ergibt eine Einsparung von 190 t Kohlendioxid, was eine erhebliche Menge darstellt. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutzkonzept.

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Wierig bittet um Information in der nächsten AUV-Sitzung über die Änderung der Verkehrsführung Kreuzung Schwerdstraße/Hilgardstraße/Bartholomäus-Weltz-Straße. Die Vorfahrtsregelung war während der Baumaßnahme der Fernwärmeleitung geändert und nach Beendigung beibehalten worden. In einer der letzten Sitzungen wurde angesprochen, dass eine Beobachtung läuft, in wie weit sich diese Änderung bewährt hat. Darüber sollte in der nächsten Sitzung berichtet werden.

Herr Scheid sagt die Beantwortung zu.

Herr Czerny möchte bzgl. der Rodung der Bäume auf dem Erlus-Gelände bzw. auf dem Gelände der Fa. Steber wissen, warum diese Rodung zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt wurde und nicht erst dann, wenn der neue Bebauungsplan in Kraft getreten ist, was voraussichtlich nicht vor Oktober 2013 erfolgt.

Herr Scheid bittet Herrn Reif (Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bauwesen) die Situation zu erläutern.

Herr Reif führt aus, dass die Rodungsmaßnahme aufgrund des Hochwasserschutzes durchgeführt wurde. Diesbezüglich läuft zurzeit ein Planfeststellungsverfahren bei der SGD Süd, das voraussichtlich im April abgeschlossen sein wird. Dann will die Investorengruppe, die das Erlusgebiet erschließen wird, mit den Hochwasserschutzmaßnahmen beginnen. Um das Baugebiet zu entwickeln, muss zunächst vorne am Rhein ein provisorischer Hochwasserschutz erstellt werden. Dies soll zeitnah erfolgen. Dann soll der alte Deich abgetragen werden. Diese Maßnahme muss noch in diesem Jahr erfolgen, um den späteren Ablauf der Baumaßnahme nicht zu gefährden. Daher hat man sich entschlossen, das Grundstück jetzt zu roden. Anderenfalls hätte sich der Bau der provisorischen Hochwasserschutzwand verschoben.

Aus Sicht des Baurechtes ist es grundsätzlich so, dass es nach dem Planaufstellungsbeschluss des Stadtrates, der eine Zielvorgabe zum Ausdruck bringt, ein Gelände in einer gewissen Weise entwickeln zu wollen, möglich wäre, sogar schon Bauvorhaben zu genehmigen, ohne Bürgerbeteiligung, Trägerbeteiligung im vereinfachten Verfahren. Allein aufgrund des Aufstellungsbeschlusses kann man in eine Bauphase gehen. Es ist also gesetzeskonform, schon zu so einem frühen Zeitpunkt Maßnahmen durchzuführen, die dem späteren Ziel entsprechen.

Herr Wierig stellt klar, dass die Rodung nicht aus Gründen des Hochwasserschutzes nötig gewesen wäre. Die Deichlinie läuft an der Straße entlang, der darauf stehende Bewuchs war bei einem solchen freistehenden Deich generell kontraproduktiv und auch deichgefährdend. Aufgrund der Größe des deichvorgelagerten Geländes war der Deich nie derart gefährdet, dass das Land Rheinland Pfalz als Verantwortlicher des Hochwasserschutzes eine Entfernung des Bewuchses als notwendig erachtet hatte. Da nun angedacht ist, eine neue Hochwasserschutzlinie vorne am Gewässer zu errichten, besteht umso weniger Veranlassung, aus Hochwasserschutzgründen das Gehölz zu roden. Die Bemerkung von Herrn Reif, dass es eine für die Entwicklung des künftigen Baugebietes notwendige Maßnahme ist, trifft wohl eher zu.

Herr Scheid erläutert, dass im Bau- und Planungsausschuss im März 2012 sowie im Anschluss im Stadtrat über die Verlegung der Hochwasserschutzlinie beraten wurde. Um diese Maßnahme überhaupt umsetzen zu können, war der Bewuchs im Weg. Bevor diese neue Schutzlinie nicht sichergestellt ist, kann der alte Deich nicht entfernt werden. Im Vorgriff darauf und im Vertrauen auf den Beschluss hat man nun entschieden, dass die Rodung schon zum jetzigen Zeitpunkt vorgenommen wird.

Herr Reif stellt klar, dass es sich zum einen um eine Rodung auf dem Steber-Grundstück handelt, zum anderen um die Entfernung des Bewuchses auf dem bestehenden Deich. Beide Maßnahmen haben unterschiedliche Gründe, hängen natürlich letztlich beide mit der Erschließung des neuen Baugebiets zusammen. Für die Erschließung des Geländes muss der Deich entfernt und die Hochwasserschutzlinie in Richtung Rhein verlagert werden, da ansonsten das Gebiet nicht bebaut werden könnte. Daher ist die Rodung auf dem alten Deich nötig.

Die Entfernung des Deiches ist jedoch erst möglich, wenn der Hochwasserschutz am Rhein sicher gewährleistet ist. Dafür war die Rodung auf dem Steber-Grundstück erforderlich. Dort wird Arbeitsraum geschaffen, um zu gewährleisten, dass später jederzeit ein Zugang zur Hochwasserschutzwand möglich ist. Der Arbeitsraum beträgt auf beiden Seiten 5 m.

Zunächst muss ein provisorischer Hochwasserschutz erstellt werden. Später sind zum Teil die Gebäude selbst Hochwasserschutz, zum Teil wird schon jetzt der spätere richtige Hochwasserschutz errichtet, in anderen Gebieten werden Spundwände gerammt, die später wieder gezogen werden. Dazu benötigt man ein befahrbares Gelände. Auch später muss die Zugänglichkeit gewährleistet sein, für Wartungsarbeiten etc. Es ist ein 5m breiter Arbeitskorridor bereitzustellen.

Auf Anfrage von Herrn Czerny ergänzt Herr Reif, dass aus Platzgründen der Hochwasserschutz nicht als Deich ausgeführt werden kann. Zudem sollte aus gestalterischen Gründen ein freier Zugang zum Rhein ermöglicht werden. Daher wird in weiten Teilen mit mobilen Elementen, Hochwasserwänden und den Gebäuden selbst gearbeitet.

Herr Scheid verweist auf die Vorlage des Stadtrates vom 22.03.2012, in der die technischen Details ersichtlich sind.

Herr Czerny möchte wissen, ob die Ausgleichsfläche auf dem Steber-Gelände, die für die Bebauung am Alten Hafen geschaffen wurde, nun komplett wegfällt oder ob dafür Ersatz geschaffen wird.

Herr Scheid erläutert, dass in den Unterlagen zum Stadtrat im Dezember 2012 über den Offenlegungsbeschluss ersichtlich ist, dass diese Ausgleichsfläche ins Kirchengrün verlagert wird. Zudem werden im neuen Baugebiet 200 Bäume gepflanzt. Dies war bereits Bestandteil des Ratsbeschlusses im Dezember.

Frau Kruska ergänzt, dass im Rahmen der Landschaftsplanung zum Erlus-Gelände eine Bilanzierung des momentan hohen Versiegelungsgrades und des Zustandes nach der Bebauung vorgenommen wurde. Aus der Erlus-Bebauung ergibt sich keine Notwendigkeit für externe Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Scheid weist darauf hin, dass auf dem Erlus-Gelände so viel entsiegelt wird, dass sogar die Ausgleichsfläche auf dem Steber-Gelände kompensiert werden könnte. Allerdings wurde von Seiten der Naturschutzbehörde darauf bestanden, dass diese Fläche erhalten bzw. ersetzt wird und nicht in der Gesamtmaßnahme Erlus aufgeht. Daher wurde sie ins Kirchengrün verlagert.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
13.03.2013



20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 13.03.2013 **Frank Scheid**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!